

„Mangelnde Bereitschaft“: Politik rügt Jugendpflege

SPD, Grüne und Linke vermissen aktive Rolle der Stadt / Mehr Angebote für Jugendliche gefordert

VON JOHANNES DORNDORF



Im Februar 2016 simulierten Schüler von Gymnasium, Oberschule, Förderschule und Gesamtschule eine Ratssitzung. Foto: Zerm (Archiv)

Laatzten. Lässt die Stadtverwaltung die Beteiligung Jugendlicher in Laatzten zu sehr schleifen? Deutliche Kritik musste die Stadtjugendpflege jetzt von Laatzens Ratspolitikern einstecken. Die Jugendpflege bemühe sich zu wenig um das Thema, Ratsbeschlüsse seien ignoriert worden.

Seit 2014 hat Laatzten kein Jugendparlament mehr. Seitdem versuchen Laatzens Ratspolitiker, eine neue Form der Beteiligung Jugendlicher zu initiieren. Anfang 2016 wurde – mit viel Engagement aus dem Rat – das Politik-Rollenspiel „Pimp Your Town“ mit Schülern aus Laatzten durchgeführt, später folgte dann das Projekt „Jugendbeirat“.

Wie geht es nun weiter? SPD, Grüne und Linke vermissen in dieser Frage eine aktive Rolle der Stadtjugendpflege. „Aus jedem dieser Projekte haben sich kleine Gruppen von Jugendlichen gebildet, die sich weiterhin beteiligen wollen. Beide werden nicht von der Jugendpflege begleitet“, stellt die Gruppe in einer Anfrage fest – und wollte wissen, wie die Stadt dies ändern will. Außerdem habe der Rat 2016 beschlossen, eine halbe Stelle für das Thema abzustellen.

Die Antwort fällt „ernüchternd“ aus, wie SPD-Ausschusssprecherin Petra Herrmann am Dienstagabend im Fachausschuss feststellte. Tatsächlich heißt es in der Stellungnahme der Stadt, eine zweite Auflage von „Pimp Your Town“ sei zwar in diesem Jahr geplant. Dann heißt es aber: „Soweit es von interessierten Jugendgruppen gewünscht wird, erfolgt eine pädagogische Begleitung durch das Kinder- und Jugendbüro.“ Verwiesen wird auch auf die jährliche Einladung des Bürgermeisters zum Frühstück mit Kindern und Jugendlichen.

Herrmann will das so nicht stehen lassen. „Das ist nicht das, was ich als proaktive Arbeit verstehe“, sagte die Sozialdemokratin – und wirft der Jugendpflege „mangelnde Bereitschaft“ vor, „den Aufbau von Beteiligungsprozessen aktiv zu initiieren, zu begleiten und zu fördern“. „Wir sind nicht bereit, dies zu akzeptieren und hinzunehmen“, ergänzt Herrmann. SPD, Grüne und Linke beantragten deshalb, die bestehenden Gruppen aktiv zu unterstützen und mit den

Jugendlichen zu besprechen, ob und wie die bestehenden Gruppen Grundstein für eine neu strukturierte Jugendbeteiligung werden könnten. Außerdem sei die eigentlich längst beschlossene halbe Stelle einzurichten.

Gundhild Fiedler-Dreyer (CDU) teilte die Kritik, zweifelt aber am Sinn der Personalaufstockung. „Für mich ist es keine Idee, zum Frühstück mit dem Bürgermeister einzuladen“, wettet die Christdemokratin. „Wir haben die Jugendlichen jetzt an der Hand. Warum hat die Verwaltung nichts getan?“, fragt sie und erinnert an Anträge von Jugendlichen zur mangelhaften Schulreinigung und zum desolaten Zustand der Räume im Erich-Kästner-Schulzentrum. „Denen wurde einfach gesagt, dass das so nicht stimme.“ Eine Personalaufstockung sei da aus ihrer Sicht keine Lösung: „Eine halbe Stelle macht die Ideenfindung auch nicht einfacher. So kriegen wir das nicht hin.“

Am Ende konnten sich die Mitglieder des Ausschusses auf keine gemeinsame Linie verständigen – die Entscheidung über die Personalie soll nun im Rat fallen. Einhellig begrüßt wurde allerdings der Vorschlag von SPD, Grünen und Linken, Anträge aus den bestehenden Gruppen, die aus „Pimp Your Town“ und dem Jugendbeiratsprojekt hervorgegangen sind, seien unverzüglich dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss vorzulegen.